

Saale-Beitung.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

werden die 6 gepaltene Kolonialsteife oder deren Raum mit 30 Pfg., solche auf Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Anzeigen-Exemplaren angenommen. Bestellen die Zeile 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mt.

Er erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Braubachstraße 17; Nebendruckerei: Markt 24.

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich bei wöchentlichen Abnahme 2,50 Mt., durch die Post halbjährlich 4,50 Mt., auswärts halbjährlich 5,00 Mt. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird kein Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg.“ gestattet. Herausgeber der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Annoncen-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 393.

Halle a. S., Mittwoch, den 23. August.

1911.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden unangesehen von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. Der Verlag.

Die Stimmung in Frankreich.

Die Generalräte haben das Wort.

Unverkennbar hat das Eintreffen Herrn Cambons in Paris eine beschwichtigende Wirkung auf die etwas überhöhte öffentliche Stimmung in Frankreich ausgeübt. Zwar wird einmütig nach wie vor „Festigkeit und unerschütterliche Wahrung der nationalen Ehre“ verlangt, aber die Sprache, in der dies geschieht, hat an Festigkeit sichtlich nachgelassen. Neben den Stimmen der Presse machen sich nun auch die der Generalräte, der Departements-Parlamente vernehmbar, die stets — wir erinnern nur an die Boulangerzeit und an die Zeit der Dreyfus- und Generalstabssaffäre — als die besten Balsame für die öffentlichen Meinungen des Landes gelten und in denen so ziemlich alle einflussreichen Politiker und Parteiführer vertreten sind. — Man meldet:

Paris, 22. Aug. Von den Kundgebungen in den Generalräten ist zunächst die des ehemaligen Kolonialministers Clementel im Departement Puy de Dome hervorzuheben:

„Gegenüber einer nörgelnden und auf Umwegen operierenden Diplomatie, deren Verschlagenheit und Brutalität ich 1905 zu würdigen Gelegenheit hatte“, rief der ehemalige Minister aus, „hat die gegenwärtige Regierung nicht nur die allgemeinen Interessen des Landes, sondern auch den guten Ruf Frankreichs auf der Welt zu verteidigen. Man glaubt jenseits der Grenze zu wissen, daß Frankreichs Haltung, seine Treue und seine Ehrlichkeit, die gleichzeitig verständig und fest sind, die ganze rückhaltlose Zustimmung der ungeheuren Mehrheit des Landes hat. Das friedliche und edelmütige Frankreich, das in Träumen der allgemeinen Weltberühmtheit sich wiegte, scheint nicht mehr an die Möglichkeit eines europäischen Konflikts zu glauben, in die es hineingezogen werden könnte. Durch die langen Jahre des Friedens in Waffen ermüdet, begann es seinen Bogen zu entspannen; dreimal in sechs Jahren ist es brüal an die Wirklichkeit erinnert worden; dreimal hat sich Frankreich vor drohenden und unversöhnlichen Widersachern aufgeregt, die nur zurückzukehren schienen, um einen günstigen Augenblick abzuwarten; dadurch wurde das ganze Land aufgereizt. Seither ist kein Opfer gescheut worden, die Armee hat rastlos gearbeitet, um das Vaterland stolzer und stärker zu machen. Die gemeinsame Kraftanstrengung des ganzen französischen Volkes hat solche Ergebnisse erreicht, daß die Regierung der Republik heute, wenn sie sich auch bemüht, zu einem ehrenvollen Abkommen für beide Länder zu gelangen, laut sprechen kann, wie jemand, den nicht mehr die herrliche Stimme und der drohende Ton seines Widersachers erschreckt.“

In der Presse ist es wiederum der „Matin“, der die Beschwichtigungsnote vertritt. Er hebt in recht ruhigen Worten die Nachstellung hervor, in der sich Frankreich dank seiner Beziehungen zu den anderen Großmächten und seiner vorzüglichen Führung befindet, denen insgesamt von Caillaux, Delcassé, de Selvas ab bis zu den kühnsten Paul und Jules Cambon und Camille Barrère in Rom uneingeschränkte Anerkennung gesollt wird. Dann heißt es weiter:

„Diese Männer sind friedfertig, aber alle haben eine sehr hohe Auffassung von der Würde und den Interessen des Landes. Die Arbeit, die aus ihren Besprechungen hervorgeht, wird vorzüglich sein, und wir können der Zukunft mit Vertrauen entgegensehen. Ihr Wunsch stimmt mit dem der öffentlichen Meinung in Frankreich überein, nämlich zu einer ehrlichen und vernünftigen Verständigung mit Deutschland zu kommen. Sie wissen alle, daß die große Mehrheit in Frankreich geneigt ist, sehr willig die von Frankreich an Deutschland zu bewilligenden Zugeständnisse zu behandeln, aber nur unter einer Bedingung. Unter der Bedingung: die Forderung, die das Land unauflöslich seit sechs Jahren auszuhalten hat, muß ein für alle Mal überwunden werden. In dem Verstehe, die per se in Marokko bestehen läßt, erklärt werden, daß wir freie Hand in Marokko haben. Es darf keine Stelle dort sein, die eine falsche Ansiehung gestattet. Durchaus freie Hand! Nach dem Vertrage von 1909 glauben wir sie zu haben. Aber Deutschland hat uns in Agadir bewiesen, daß die Formel nicht hinreichend klar und stark war. Mitbin verpflichtet es uns selbst, diesmal eine vollständige, endgültige und absolute Klarheit zu verlangen. Deutschland muß eine so klar und deutlich abgegebene Verpflichtung übernehmen, daß in der Zukunft keine Diplomatie sie mehr anfechten kann. Deutschland muß ohne Umschweif, ohne Einschränkung und Hintergedanken

erklären, daß Frankreich in Marokko tun kann, was ihm gut dünkt, daß es Marokko besetzt, dort sein Protektorat aufrichten kann, wenn es will, ohne daß die Deutschen in Zukunft auch nur den geringsten Einwand erheben. Sonst würde niemand verstehen, warum Frankreich Deutschland irgendwelche Zugeständnisse machte.“

Falscher Alarm in der Marokko-Frage.

An der Berliner Börse waren am Dienstag nachmittags nach Schluß des offiziellen Verkehrs Gerüchte von einem Abbruch der Marokko-Verhandlungen verbreitet, die zu einem erheblichen Kurssturz führten. Sie sollten ihren Ursprung in einem Artikel der „Neuen Freien Presse“ haben. Auf eine Anfrage des Berliner „Lokal-Anz.“ wird mitgeteilt, daß

in Wien von einem Abbruch der Marokko-Verhandlungen nichts bekannt ist. Eine derartige Meldung enthielte die „Neue Freie Presse“ nicht.

Die Beunruhigung an der Börse dürfte auf einem Artikel der Neuen Presse beruhen, in dem es heißt: „Man soll nicht allzu pessimistisch sein wegen des Aufschubes, der in den Verhandlungen eintreten ist. Gerade weil es sich um jene Details, um technische Fragen handelt, müssen genaue Informationen eingeholt werden. Man kann dem Botschafter Cambon nicht zumuten, daß er so genau alle Details wisse. Würde es sich um sehr große Dinge handeln, so würden die Verhandlungen leichter und schneller vonstatten gehen. Wenn es zu einem Ausgleich der beiderseitigen Interessen kommt, so handelt es sich dabei darum, den Vertrag von 1909, der zwischen Deutschland und Frankreich besteht, in einigen Punkten zu ergänzen. Man wird trachten, prozentuell den Anteil Deutschlands an gewissen Unternehmungen festzulegen. Die Situation ist heute mit einigem Ernst zu beurteilen insofern, als französische Empfindlichkeiten bereits tangiert sind. Die französische Volksseele ist bereits ernsthaft berührt. Man hat in Paris das Gefühl, daß die deutschen Staatsmänner schwere psychologische Fehler begangen haben und daß diese Fehler jahrelang zurückzuführen und sich in letzter Zeit wiederholt haben. Man hat auch in Paris das Gefühl, daß Deutschland sich um jeden Preis bemüht, einen Keil zwischen Frankreich und England einerseits und zwischen Frankreich und Russland andererseits hineinzutreiben. Aber es wird niemandem gelingen, England oder Russland von der Seite Frankreichs zu bringen. Sogar in der persischen Sache scheint Deutschlands Hand im Spiele zu sein. Der gute Wille ist auf Seiten der beiden Regierungen jedenfalls vorhanden und beiden ist der Ernst der Situation bewußt.“

Die Situation ist ernst.

aus Berlin wird uns berichtet:

Von einer ausgezeichnet unterrichteten Persönlichkeit erfährt ich:

Der alarmierende Artikel der „Neuen Freien Presse“, der die Berliner Börse so lebhaft tangierte, stammt auscheinend von diplomatischer Seite, die sehr gut informiert ist. Gewiß hat Herr Cambon, der die französische Republik in Berlin vertritt, den redlichsten Willen, einen Friedensschluß auf verständlicher Basis herbeizuführen. Das ist in erster Linie auch der Zweck seiner Pariser Reise. Tatsächlich sind die Verhandlungen auf einem toten Punkte angelangt und es fragt sich, ob es dem großen persönlichen Einfluß Cambons, der von Pariser und Berliner Finanziers unterstützt wird, gelingt, die Regierung der Republik zu einem Nachgeben in diesem oder jenem Punkte zu bewegen. Man hoffte. Daß Deutschland jetzt noch — auch nur im geringsten nachgibt —, daran glaubt heute weder Herr Cambon noch sonst jemand. Man hat in Paris die Situation und die starke Position des Herrn v. Kiderlen von Langsam an falsch beurteilt, da man durch Herrn v. Schoen verhöhnt war; außerdem spekulierte man auf das Nachwort des Deutschen Kaisers. Das blieb aus, zum Verdruss der Franzosen.

Die Lage ist also ernst. Es liegt lediglich in der Hand der französischen Diplomatie, ob es anders wird. Die Börse empfindet schon richtig, wenn sie eine gewisse Nervosität zeigt. —

So und nicht anders liegen die Dinge, — trotz aller offiziellen Noten.

Deutsches Reich.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Strafprozessreform.

(Meldung unseres Berliner Bureaus.)

Berlin, 22. Aug.

Offiziös wird mitgeteilt:

In der Tagespresse ist in letzter Zeit verschiedentlich die Nachricht verbreitet worden, es sei beschlossen, in der Herbsttagung des Reichstags von einer Weiterberatung der Strafprozessordnung abzusehen. Diese Meldung enthält jeder Unterlage. Von den maßgebenden Faktoren ist im Frühjahr d. J. die Beratung der Strafprozessordnung für die Herbstsession des Reichstags in Aussicht genommen, und hieran hat sich inzwischen nichts geändert. Die verbündeten Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß die Strafprozessreform noch von dem gegenwärtigen Reichstag zum Abschluß gebracht wird.

Fortbildungsschule und Religionsunterricht.

(Von unserm SS-Mitarbeiter.)

Die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe, der die Majorität der deutschen Kleinhandlärer und Kleingewerbetreibenden angeschlossen ist, nimmt neuerdings in ihrem offiziellen Organ Stellung zu dem Zentrumsantrag auf Einführung des Religionsunterrichts in Fortbildungsschulen, dessen Annahme bekanntlich den Gelehrten zur Erweiterung des Fortbildungsschulwesens zum Scheitern brachte, weil die Regierung mit diesem Beschlusse nicht einverstanden war. Hierzu bemerkt die Vereinigung: „Die Regierung hat recht getan, daß sie dem Beschlusse Widerstand geleistet hat; denn auch die Antragsteller hätten sich fragen müssen, daß der Handels- und Gewerbestand sich nicht damit abfinden kann, daß die kostbare Zeit, die er seinen Schülern zum Besuch der Fortbildungsschule zur Verfügung stellen muß, zu anderen Zwecken benutzt werden kann. Die Fortbildungsschulen sind errichtet, um die praktische Lehre durch eine theoretische Ausbildung zu unterstützen, die die jungen Leute unter achtzehn Jahren nach der Entlassung aus der Schule noch besonders in den Fächern auszubilden, die zu dem Fortkommen im Erwerbseben die unbedingt nötigen Kenntnisse verschaffen. Die Schulen sind aber auch errichtet, weil die praktische Lehre in manchen Fächern, z. B. in der Buchführung, Korrespondenz usw., oft nicht Genügendes leistet. Deshalb ist es auch zu billigen, daß die Zeit für den Fortbildungsschulunterricht von der täglichen Arbeitszeit genommen wird. Weil dieser Unterricht aber die praktische Lehre sehr beeinträchtigt und in mancher Beziehung auch benachteiligt, kann den Lehrern die Verwendung der Unterrichtszeit zu anderen Zwecken nicht gleichgültig sein. Mit dem Antrag auf Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen haben die Antragsteller in die berechtigten Interessen der Gewerbetreibenden eingegriffen, und sie können sich deshalb nicht wundern, wenn dadurch böses Blut entstanden ist. Will man die jetzigen Unterrichtsstunden der Fortbildungsschulen nicht vernehmen, so benachteiligt man die Stunden, in welchen berufliche Kenntnisse den Schülern beigebracht werden, und man würde durch eine Beeinträchtigung dieser Stunden durch den Religionsunterricht anderen Gegenständen einen geringeren Wert zufertieren. Wollte man aber eine Vermehrung der Stunden eintreten lassen, so ließe das, den Gewerbetreibenden die Sorge für die Religion aufzulegen, und dazu sind doch andere Faktoren berufen und dazu die Laien dafür zu tragen.“

Offenlich, so heißt es am Schluß, wird der Antrag auf Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen nicht wieder von neuem gestellt. Die Aussicht auf die ungeheuren Schwierigkeiten wegen der verschiedenen Konfessionen hätte allein schon vor der Veräußerung des gewerblichen Unterrichts mit dem Religionsunterricht warnen und von der Stellung des Antrages abhalten müssen, auch wenn man die Interessen der Lehrherren noch so wenig berücksichtigt.

L. C. Das Vordringen der Polen in Schlesien nimmt von Jahr zu Jahr größere Dimensionen an. Auch im Kreise Glogau ist bereits eine erhebliche Anzahl Besitzungen deutscher Landwirte an Polen verkauft worden. Der „Niederösterreichische Anzeiger“ bemerkt dazu treffend: „Wenn die polnischen Einwohner freiwillig oder nur dem Drucke folgend ihre heimatische Scholle in der Provinz Polen aufgeben und für ihr Bestehen das in den meisten Fällen sehr reichlich bemessene Geld eingestrichen haben, ist es eine ganz natürliche Erscheinung, daß sie sich wieder nach einer neuen Heimat umsehen. Daß sie nicht gleich bis nach Rheinland, Westfalen oder Süddeutschland wandern, kann nicht wundernehmen; sie bleiben lieber in der Nähe ihres einstigen Wohnortes und Heimatlandes, aus mit ihren Landeskunden in möglichst enger Fühlung zu stehen, und dazu eignet sich der Kreis Glogau, weil er direkt an die Provinz Polen grenzt, ausgezeichnet. Die polnischen Ansiedler werden mitunter von den ihre Besitzungen verkaufenden Deutschen ganz gern als Käufer akzeptiert, da sie für das Bestehen ansehnliche Summen bezahlen. Polnische Agenten und Grundstücksmakler durchziehen unangesehen die ihnen am vor-



Main table containing financial data, stock prices, and market news. Columns include company names, stock types, and prices.